

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,

am heutigen Freitag wurde der **Bundshaushalt** für das laufende Jahr beschlossen. Unser Land hat schon bessere Tage erlebt. Schwarz-Gelb steuert mit 80,2 Milliarden Euro auf eine **Rekord-Neuverschuldung** zu. Noch nie, seit es die Bundesrepublik gibt, hatte eine Regierung eine solche Schuldenlast zu verantworten.

Was Deutschland jetzt braucht, ist eine Politik, die Wachstum und Beschäftigung anschiebt und die Menschen möglichst heil durch die schwere Wirtschaftskrise führt. Doch **die Regierung hat keine Konzepte** zur Bewältigung der Wirtschaftskrise, zur Bändigung des Finanzsektors und zur Haushaltskonsolidierung. Stattdessen betreibt sie Flickschusterei, bedient ihre Klientel und verunsichert die Bürger mit ihren unausgegorenen und unbezahlbaren Projekten einer Steuerreform und einer Kopfpauschale.

Besonders skandalös ist die Haushaltssperre von 900 Millionen Euro für die Arbeitslosen, die durch Fortbildungs- und Eingliederungsmaßnahmen gerade versuchen, am Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen. Dies ist ein zynischer Schlag ins Gesicht der Fleißigen. Die Sperre wirkt faktisch wie eine Kürzung, wenn sie nicht bis Ende April aufgehoben wird. Es scheint uns aber unwahrscheinlich, dass sich die



Berlin-Brief, Ausgabe 71
19. März 2010

Meine Termine

SPD-Ortsverein Gemmingen

19.03.2010, 19 h, Gaststätte „Zum Büttel“

Spitzentreffen des SPD-Landesverbands Baden-Württemberg

20.03.2010, 10:30 h, Mannheim Musikpark

Ball der Polizei

20.03.2010, 20 h, Heilbronn Harmonie

SPD-Betriebsrätekonferenz

22.03.2010, 11 h, Bochum

Sitzungswoche des Dt. Bundestages

22.-26.03.2010

Aktuelle Pressemitteilungen

Schwarz-Gelber Kahlschlag gegen Solar-Industrie geht weiter (11.03.2010)

Juratovic warnt: Finger weg von der aktiven Arbeitsmarktpolitik (12.03.2010)

Juratovic: Schwarz-Gelb lässt ältere Arbeitnehmer im Stich (15.03.2010)

Schwarz-Gelb verhindert Perspektiven für Arbeitsuchende (16.03.2010)

Josip Juratovic MdB

Abgeordnetenbüro

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030-227-70107

josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro

Untere Neckarstr. 50

74072 Heilbronn

Tel. 07131-783616

josip.juratovic@wk.bundestag.de

Im Internet:

www.juratovic.de

Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!

Koalition angesichts ihrer fortwährenden Grabenkämpfe auf die Entsperrung der Mittel so schnell einigt. Deshalb wird es ab der zweiten Jahreshälfte zu einem drastischen Rückgang bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik kommen. Damit steigt die Arbeitslosigkeit und der Aufschwung hat so keine Chance. Das ist aber wahrscheinlich nur ein kleiner Vorgeschmack auf die zu erwartende ungerechte Arbeitsmarktpolitik von Schwarz-Gelb nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, die am 9. Mai stattfindet.

Das SPD-Präsidium hat sich hingegen am Montag positioniert für „**Fairness auf dem Arbeitsmarkt**“. So lautet der Titel des beschlossenen Arbeitspapiers. In den vergangenen Berlin-Briefen habe ich bereits über Themen wie Leiharbeit, den gesetzlichen Mindestlohn oder die Verlängerung der Kurzarbeit informiert. In dem nun vorliegenden Papier können Sie unsere sozialdemokratischen Positionen zu diesen und weiteren Themen des Arbeitsmarktes erfahren. Unsere Positionen unterscheiden sich naturgegeben von der vom Kompromiss geprägten Politik in der Großen Koalition. Und sie geben neue Antworten auf die neuen Herausforderungen, die uns durch die Wirtschaftskrise begegnen. Im Internet: http://www.spd.de/de/pdf/100315_beschluss_arbeitsmarkt.pdf

Es ist nicht nur der Arbeitsmarkt, der unter Schwarz-Gelb leidet, es sind vor allem auch die **Kommunen**. Die Städte und Gemeinden sind in der schärfsten Finanzkrise seit Bestehen der Bundesrepublik. Sie haben die desaströse Haushaltspolitik von Schwarz-Gelb auszubaden. Auch Anfang 2009 war die Lage ernst, waren die Sorgen groß. Mit unserem kommunalen Investitionsprogramm konnten die Kommunen mehr als 13 Milliarden Euro für zusätzliche Investitionen einsetzen. Wo vor einem Jahr Solidarität, Entschlossenheit und politische Entscheidungskraft waren, spüren wir jetzt das Gegenüber zwischen Bund und Kommunen. Auch Kommunalpolitiker der Union wissen es und sagen es: Die Kommunen stehen vor dem Ruin, die Bundesregierung droht ihnen das Kreuz zu brechen. Deswegen fordern wir als Soforthilfeprogramm einen „Rettungsschirm für Kommunen“ mit Kompensation der durch Schwarz-Gelb verursachten Steuerausfälle und einer höheren Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft für Langzeitarbeitslose. Darum wird es in der kommenden Woche auch im Plenum gehen.

Mit freundlichen Grüßen

